

<u>11. Wahlperiode</u>		
<u>Datum</u>	<u>Gesetzentwurf mit Inhalt</u>	<u>Bundestags-Drucksache</u>
03.05.89	Gesetzentwurf zur Änderung des Bundeswahlgesetzes <u>Inhalt:</u> Übertragung des aktiven und passiven Wahlrechts auf Ausländer bei einer Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet von mindestens fünf Jahren	11/4462
05.10.1989	Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes: Altersversorgung der Abgeordneten des Deutschen Bundestages <u>Inhalt:</u> Belassung der Abgeordneten in den mitgebrachten Alterssicherungssystemen, Berechnung der Alterssicherung auf der Grundlage der Abgeordnetenentschädigung nach Maßstab der gesetzlichen Rentenversicherung	11/5338
12.12.1989	Gesetzentwurf zur Reform des Parlaments und der politischen Willensbildung <u>Inhalt:</u> Beseitigung des Parteienmonopols auf die politische Willensbildung und auf parteifreie Räume wie Medien und höchste Richterämter, Stärkung der Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte der Bürger, z.B. an der Zusammensetzung des Parlaments, Stärkung des Parlaments gegenüber der Regierung, Verwaltung und den EG-Institutionen, Vergrößerung der Transparenz von finanzkräftigen Interessengruppen (u.a.)	11/6046
15.3. 1990	Antrag: Volksabstimmung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten und verfassungsgebende Versammlung statt Anschluss der DDR	11/6719
26.04.1990	Entschließungsantrag zur Erklärung der Bundesregierung betreffend den "Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der DDR" <u>Inhalt:</u> Beteiligung des Bundestages an den Verhandlungen über den Staatsvertrag mit der DDR ..., Durchführung einer Volksabstimmung über die Wiedervereinigung, Einsetzung einer Verfassungsgebenden Versammlung zur Ausarbeitung einer neuen gesamtdeutschen Verfassung	11/7025
04.09.90	Antrag: Änderung des Grundgesetzes <u>Inhalt:</u> Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Änderung der Präambel des Grundgesetzes durch die Bundesregierung: Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, Schutz der Menschenrechte und der natürlichen Lebensgrundlagen, Friedenswille, Annahme der endgültigen Verfassung durch einen Volksentscheid	11/7780
4.9.1990	Antrag: Demokratische, soziale und ökologische Eckpunkte zum Einigungsvertrag	11/7764
6.11. 1990	Antrag: Änderung des Grundgesetzes <u>Inhalt:</u> In das Grundgesetz soll ein neuer Abschnitt eingefügt werden, der die Möglichkeit des Volksentscheids eröffnet	11/8412
<u>13. Wahlperiode</u>		
<u>Datum</u>	<u>Titel des Gesetzesentwurf mit Inhalt</u>	<u>Bundestags-Drucksache</u>
02.06.1995	Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes (Wahl	13/1626

	<p>der Richter und Richterinnen) <u>Inhalt:</u> unmittelbare Wahl der vom Deutschen Bundestag zu berufenden Richter und Richterinnen, jeweils vier Richterinnen und vier Richter für jeden Senat, Vorbereitung der Wahl durch einen zwölfköpfigen Bundestagsausschuss, ..., Wahl mit Zweidrittelmehrheit</p>	
25.9.1995	<p>Antrag: Zurückweisung der Angriffe auf die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts</p>	13/2421
24.10. 1995	<p>Gesetzentwurf zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts</p>	13/2728
07.11.14995	<p>Gesetzentwurf über die Spende, die Entnahme und die Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz - TPG) <u>Inhalt:</u> Regelung der Organtransplantation unter Verzicht auf das Hirntodkonzept, Einwilligung des Organspenders als Legitimationskriterium, ... Aufklärungsanspruch hinsichtlich der Einwilligung, Verbot der Transplantation von Gehirngewebe und der Organe von Embryonen, strafrechtliche Regelung zum Organhandel</p>	13/2926
27.07.1995	<p>Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesverfassungs-gerichtsgesetzes - Wahl der Richter und Richterinnen <u>Inhalt:</u> Entsendung von jeweils vier Richterinnen und Richtern in jeden Senat, unmittelbare Wahl der vom Bundestag zu Berufenden nach vorangegangener öffentlicher Anhörung der Bewerber, Vorbereitung der Wahl durch einen zwölfköpfigen Bundestagsausschuss, Wahlverfahren beim Bundesrat, Wahl mit Zweidrittelmehrheit</p>	13/2088
29.11.1995	<p>Gesetzentwurf zur Regelung der Abgeordnetenbezüge für den Deutschen Bundestag und das Europäische Parlament <u>Inhalt:</u> Anhebung der Entschädigung der Abgeordneten um 2,4 v.H. von gegenwärtig 10.366,00 DM auf 10.615,00 DM zum 1.1.1996, Festlegung von Maßstäben für künftige Diätenanpassungen, insbesondere allgemeine Einkommensentwicklung als Richtschnur</p>	13/3139
29.11. 1995	<p>Antrag: Vermeidung von Interessenkollisionen und Doppelalimentationen bei Bundestagsabgeordneten <u>Inhalt:</u> Nebentätigkeiten und Einkünfte von Abgeordneten im Rahmen des rechtlich Zulässigen müssen offengelegt werden, um mögliche Loyalitäts- und Interessenkonflikte transparent zu machen</p>	13/3137
21.05.1996	<p>Gesetzentwurf zur Aussetzung der Diätenerhöhung für Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlamentes <u>Inhalt:</u> Verschiebung der für 1996 geplanten Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung um ein Jahr, der für den 1.7.1996 vorgesehenen Anpassung zum 1.4.1997</p>	13/4667
24.1. 1996	<p>Gesetzentwurf über die Bürgerbeauftragte des Deutschen Bundestages (Bürgerbeauftragtengesetz)</p>	13/3578
28.2. 1996	<p>Gesetzentwurf zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes <u>Inhalt:</u> Den Verpflichtungen, die der BRD aus der europäischen Richtlinie (90/313/EWG) erwachsen, soll nachgekommen werden. Das geltende Umweltinformationsgesetz verhindert in vielen Fällen den mit</p>	13/3906

	der Richtlinie intendierten freien Zugang zu Umweltinformationen	
21.5. 1996	Gesetzesentwurf zur Aussetzung der Diätenerhöhung für Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlamentes <u>Inhalt:</u> Verschiebung der für 1996 geplanten Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung um ein Jahr.	13/4667
23.5. 1996	Gesetzesentwurf zur Änderung des Artikels 33 des Grundgesetzes <u>Inhalt:</u> Mit der Neuregelung können Beamte als Lebenszeitbeamte oder Beamte auf Zeit berufen werden.	13/4730
15.07.1996	Gesetzesentwurf über das Zeugnisverweigerungsrecht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Film <u>Inhalt:</u> Erstreckung des Zeugnisverweigerungsrechts für Journalisten auf gelegentliche Medientätigkeit sowie auf nicht periodisch erscheinende Veröffentlichungen und Filme, Beweiserhebungsverbot für die Beiziehung von Unterlagen aus anderen Gerichtsverfahren, Beschlagnahme geschützten Materials nur in Fällen dringenden Tatverdachts	13/5285
24.09.1996	Gesetzesentwurf zur Kompensation von Überhangmandaten <u>Inhalt:</u> Kompensation der in einem Land zugunsten einer Partei anfallenden Überhangmandate durch Abzug einer entsprechenden Mandatszahl bei anderen Landeslisten derselben Partei für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag	13/5575
15.11.1996	Gesetzesentwurf über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für Rwanda <u>Inhalt:</u> Schaffung der innerstaatlichen Grundlagen für die Zusammenarbeit deutscher Stellen mit dem Gerichtshof und seinen Organen: Verpflichtung zur Zusammenarbeit aufgrund der durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossenen Resolutionen	13/6165
18.11.1996	Gesetzesentwurf zum Schutz der Nichtraucher in der Öffentlichkeit (Nichtraucherschutzgesetz) <u>Inhalt:</u> Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden und öffentlichen Verkehrsmitteln sowie am Arbeitsplatz, ..., Finanzierung aus Mitteln der Tabakindustrie; Informationspflichten über gesundheitsschädigende Wirkungen des Tabakkonsums	13/6166
03.12.1996	Antrag: Sicherung der Pressefreiheit und des Zeugnisverweigerungsrechts der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Film	13/6382
21.03.1997	Gesetzesentwurf zur Änderung des Bundesministergesetzes und des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre <u>Inhalt:</u> Abkopplung der Amtsbezüge der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre von der Beamtenbesoldung, allgemeine Einkommensentwicklung als Orientierungsmaßstab, Begrenzung der Zahlung von Übergangsgeld auf höchstens 18 Monate, Anrechnung aller Einkünfte, Anspruch auf Ruhegehalt nach zwei Jahren Mitgliedschaft in der Bundesregierung, Auszahlung erst nach dem 65. Lebensjahr	13/7329
15.4. 1997	Gesetzesentwurf zur Regelung der Rechte von Einwanderinnen und Einwanderern (Einwanderungsgesetz) <u>Inhalt:</u> Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland soll human und liberal geregelt werden	13/7417

5.6. 1997	Geszentwurf zur Aufhebung der Begrenzung des aktiven Wahlrechts für Deutsche, die nicht in den Gebieten der Mitgliedstaaten des Europarates leben	13/7864
17.07. 1997	Geszentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung)	13/8249
27.08.1997	Geszentwurf zur Gewährleistung des freien Zugangs zu amtlichen Informationen und zur Änderung anderer Gesetze (Informationsfreiheitsgesetz - IFG) <u>Inhalt:</u> Begründung eines umfassenden Informationsanspruchs für den Bürger, Eröffnung des freien Zugangs zu amtlichen Unterlagen, Akten und Datenbeständen staatlicher und kommunaler Behörden, Einschränkung des Amtsgeheimnisses, Einschränkungen des Informationsrechts durch Datenschutz sowie das Betriebs- und Geschäftsgeheimnis	13/8432
26.11.1997	Geszentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer) <u>Inhalt:</u> Änderung Art. 28 Grundgesetz: Einräumung des aktiven und passiven Wahlrechts für Ausländer aus Drittstaaten bei Kreistags- und Gemeindewahlen	13/9301
27.11.1997	Geszentwurf zur Einführung des Verbandsklagerechts <u>Inhalt:</u> Zulassung von Klagen anerkannter Naturschutz- und Tierschutzverbände im verwaltungsgerichtlichen Verfahren, Begleitregelungen, Regelung des Anerkennungsverfahrens	13/9323
01.12.1997	Gesetz zur Förderung des Stiftungswesens (StiftFördG) <u>Inhalt:</u> Verbesserung der privaten Finanzierungsmöglichkeiten gemeinnütziger Einrichtungen durch Reform des hergebrachten Konzessionssystem für Stiftungen, Erweiterung der Anreize zur Errichtung steuerbefreiter Stiftungen sowie Liberalisierung der Regelungen für die zulässige Rücklagenbildung	13/9320
14.01.1998	Geszentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes <u>Inhalt:</u> Einführung einer Pflicht zur Veröffentlichung aller Nebeneinkünfte der Abgeordneten, soweit sie nach ihrer Höhe Hinweise auf für das Mandat bedeutsame Interessenverknüpfungen geben können, Unterbleiben der Veröffentlichung bei überwiegend schutzwürdigem Interesse, jährliche Berichterstattung der Präsidentin	13/9616
14.1. 1998	Antrag: Doppelalimentationen verhindern – Politikerbezüge gerecht gestalten <u>Inhalt:</u> Das Ziel angemessener Bezahlung wird bei Doppelalimentationen verfehlt. Beim Aufeinandertreffen zweier Aktivbezüge aus öffentlichen Kassen soll deshalb ausschließlich der höhere der beiden Bezüge gezahlt werden.	13/9617
24.03.1998	Geszentwurf zur Einführung von Volksantrag, Volksbegehren und Volksabstimmung im Grundgesetz <u>Inhalt:</u> Grundgesetz-Änderung: Einführung von Volksabstimmung, Volksantrag und Volksbegehren auf Bundesebene, insbesondere zur Ermöglichung einer Gesetzgebung durch das Volk	13/10261
09.06.1998	Geszentwurf zur Aufhebung des Bannmeilengesetzes und anderer Vorschriften und zum Schutz parlamentarischer Beratungen <u>Inhalt:</u> Aufhebung des Bannmeilengesetzes, Möglichkeit der Abhaltung öffentlicher Versammlungen und Aufzüge in unmittelbarer Nähe zum Berliner Reichstag	13/10932

	14. Wahlperiode	
<u>Datum</u>	<u>Titel des Gesetzentwurfs mit Inhalt</u>	Bundestags- Drucksache
2.5. 2002	<p>Gesetzentwurf: Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit (Jugendschutzgesetz - JöSchG) <u>Inhalt:</u> Verbot der Abgabe von Tabakwaren in der Öffentlichkeit an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren (betr. Automaten, Kioske, Tabakwarengeschäfte und Supermärkte), Übergangsvorschrift für die Umrüstung von Zigarettenautomaten</p>	14/8956
13.3. 2002	<p>Gesetzentwurf: Gesetz zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in das Grundgesetz <u>Inhalt:</u> Änderung des Grundgesetz: Einführung direkter Bürgerbeteiligungsrechte auf Bundesebene in Form von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid als dreistufiges Verfahren der Volksgesetzgebung</p>	14/8503